



ABF Schweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Medienmitteilung vom 7. Mai 2026

Milliarden für Impfstoffverträge – trotz fehlender Gefährdungslage

Die ungeschwärzten Impfstoffverträge bringen es ans Licht: Die Steuerzahler werden mit Milliarden belastet, ohne dass die Hersteller für Sicherheit und Wirksamkeit garantieren. Die Haftung für Schäden werden einseitig dem Staat, also wiederum den Steuerzahlern, aufgebürdet. Verantwortliche und staatsgläubige Medien rechtfertigen sich damit, es habe eine besondere Gefährdungslage bestanden, in der man halt entsprechend schnell habe reagieren müssen. Diese Schutzbehauptung hält einer Faktenprüfung nicht stand, wie das Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz) belegt. Eine solche Gefährdung bestand zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse nie.

Mit der Veröffentlichung der Impfstoffverträge stehen die verantwortlichen Behörden unter Rechtfertigungsdruck. Wie kamen sie dazu, dermassen schlecht und zum Nachteil von Land und Leuten zu verhandeln? Und waren die getroffenen massiven Massnahmen verhältnismässig? Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und behörden-nahe Medien rechtfertigen die milliardenteure Impfstoffbeschaffung ohne Garantien und Haftung durch die Hersteller auch nachträglich mit dem Argument, es habe eine akute Bedrohungslage und Krisensituation bestanden, auf die man schnell habe reagieren müssen – koste es, was es wolle.

Tödliche Bedrohung für Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt gegeben

Doch diese Schutzbehauptung hält einer wissenschaftlichen und juristischen Analyse nicht stand, wie Rechtsanwalt Philipp Kruse in einem im Auftrag von ABF Schweiz erstellten Memorandum belegt. Die offiziellen Daten seit 2020 legen nahe, dass sich wesentliche Indikatoren für die «besondere Lage» viel früher stabilisierten als ursprünglich angenommen und medial dargestellt. Die einmalige

Bedrohung der Gesundheit der Bevölkerung, auf die sich der Bundesrat noch heute beruft, war zu keiner Zeit gegeben.

Weder die Sterberaten, die Hospitalisationen oder die Auslastung der Intensivstationen liessen in der Anfangsphase der Pandemie eine aussergewöhnliche Entwicklung erkennen. Zugleich wurden die Fallzahlen durch PCR-Tests künstlich in die Höhe getrieben. Die Kommunikation des BAG blieb jedoch durchgehend alarmistisch.

Kein «nationaler Notstand»

Kruse hält fest: «Sämtliche Verträge basieren auf derselben Prämisse einer lebensbedrohenden Pandemie für die gesamte Bevölkerung. Diese galt keineswegs nur für die ersten Beschaffungsverträge vom Sommer 2020 sondern auch für sämtliche Folgeverträge (bis März 2022).»

Alle Verträge wurden auf der Grundlage dieser aussergewöhnlichen Notstandslogik abgeschlossen, womit die extrem einseitige Risikoverteilung zulasten von Staat und Steuerzahlern gerechtfertigt werden sollte. Aus den verfügbaren offiziellen Daten ergibt sich bei genauer Betrachtung jedoch kein belastbarer Hinweis auf einen real existierenden Gesundheitsnotstand durch SARS-CoV-2.

Falsche Risikoeinschätzung des Bundesrats

Spätestens ab Sommer 2020 lagen ausreichend Daten vor, welche es erlaubten, die Risiken aus SARS-CoV-2 auf bestimmte Risikogruppen einzugrenzen. Diese offiziellen Daten, welche dem BAG und dem Bundesrat jederzeit praktisch in Echtzeit vorlagen, zeigen, dass die Risiken aus Covid-19 massiv übertrieben und dass dagegen reale Risiken aus den Beschaffungsverträgen zu Unrecht ignoriert wurden. Der Bundesrat bekämpfte ein bekanntes, überschaubares Risiko für eine kleine



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Bevölkerungsgruppe mit völlig unbekanntem, erheblich grösseren Risiken für die gesamte Bevölkerung. Dies untermauert die Statistik: Vergleicht man die «Todesursache Covid-19» mit anderen, so fällt auf, dass Covid-19 in keinem Zeitpunkt ein gravierendes Gesundheitsproblem oder sogar das gefährlichste Gesundheitsproblem der Schweiz darstellte. In einem Vergleich über drei Jahre standen Herzkrankheiten und bösartige Tumore mit Abstand an erster Stelle.

Kinder und arbeitende Bevölkerung nicht betroffen

Betrachtet man die wöchentlichen Todesfälle, so zeigt sich, dass es bei der Altersgruppe 65 und älter vorübergehende Ausschläge gibt. Bereits vor Einführung der «Impfung» kam es zu einem markanten Rückgang der Todesfälle. Bei der Altersgruppe 0 bis 64 Jahre ist selbst bei absoluten Zahlen in keinem Zeitpunkt eine Auffälligkeit zu erkennen. Das bedeutet: Kinder und Jugendliche sowie der arbeitende Teil der Bevölkerung waren von Covid-19 zu keinem Zeitpunkt erheblich betroffen. Blickt man auf die Sterberate in Relation pro 100'000 Menschen, so zeigt sich im historischen Vergleich ebenfalls keine besondere Gefährlichkeit.

Nationalrat Wyssmann: «Panikmache und Profit für Pharma»

Nationalrat Rémy Wyssmann, der die Offenlegung der Impfstoffverträge juristisch erkämpft hat und

zu Haftung und Verantwortung von Politikern und leitenden Beamten in der Sommersession der eidgenössischen Räte entsprechende Vorstösse einreichen wird, sagt dazu: «Es wurde Panikmache betrieben, damit ein paar wenige privilegierte Pharmafirmen profitieren. Erschüttert blicken wir auf einen unkontrollierten Selbstbedienungsladen und auf eine Umverteilung von unten nach oben – vom Steuerzahler in die Chefetagen einzelner Pharmakonzerne.»

Bitte beachten Sie die ausführlichen Analysen und Belege zu den hier angerissenen Themen in den folgenden Dokumenten, die auch auf unserer Website zu finden sind.

Für Fragen stehen wir gerne zu Verfügung.

Links

- (1) [Memorandum 28.04.26: Warum ist die am 16. April 2026 erfolgte Publikation der Verträge zur Beschaffung von Corona-Impfstoffen durch den Bund von besonderem öffentlichem Interesse. Und was ist zu tun?](#)
- (2) [Risikoanalyse SARS-CoV-2: COVID-19: ein «nationaler GESUNDHEITSNOTSTAND»?](#)
- (3) Artikel: [Milliarden für Impfstoffverträge – trotz fehlender Gefährdungslage?](#)
- (4) Übersichtsseite Offengelegte Impfstoffverträge: <https://abfschweiz.ch/offengelegte-impfstoffvertraege/>